

Vorwärts

5 Pfennig

Dienstag
7. April 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2509-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ins Kutschen gekommen!

Offensive der Volkspartei gegen Hindenburg. — Rücktrittsdrohungen von Jarres, Voebell, Strefemann.

„Jetzt ist die Geschichte drüber ins Kutschen gekommen.“

Heute tagt die Bayerische Volkspartei. Sie ist in einer taktischen Situation, um die sie keiner beneiden wird. Gibt sie die Parole für Jarres aus, so werden ihre Wähler bis auf den letzten Mann für Jarres stimmen. Gibt sie die Parole für Marx aus, so leidet darunter die Entente, die sie mit den Rechtsparteien hat.

Diese Verlegenheit trieb die Bayerische Volkspartei vor dem ersten Wahlgang zu heftigen Ausfällen gegen den Voebellschen Kurfürsten-Ausschuss, gegen Jarres, gegen Strefemann, den sie als den Macher der Kandidatur Jarres bezeichnete. Die geharnischten Erklärungen gegen Jarres wurden nach dem ersten Wahlgang bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt.

Die Bayerische Volkspartei beließ es nicht bei Erklärungen. Sie betrieb seinerzeit die Kandidatur Gehler, um Jarres zu Fall zu bringen. Vor einigen Tagen leitete sie das merkwürdige Experiment mit der Kandidatur Simons ein, nebenbei bemerkt, ohne Simons verständigt, geschweige denn seine Zustimmung eingeholt zu haben. Als dies Experiment scheiterte, verfiel sie auf Hindenburg.

Gestern Simons, heute Hindenburg! Das ist doch noch politische Elastizität und Manövrierfähigkeit! Simons und Hindenburg? Wo ist da das Gemeinsame? Das Gemeinsame besteht lediglich darin, daß sie beide nicht Jarres sind. Als die Bayerische Volkspartei erkannte, daß sie Jarres nicht durch die weiter links stehende Kandidatur Simons ergreifen konnte, beschloß sie, es von der anderen Seite her zu versuchen, und den Teufel Jarres mit Voebell und Hindenburg auszutreiben.

Diese Manöver sind fast ebenso schön wie die Manöver des Voebell-Ausschusses. Sie stehen damit in engem Zusammenhang. Es wäre der Bayerischen Volkspartei nie gelungen, ihren Manövern einige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu verschaffen, wenn nicht im Voebell-Ausschuss selbst die Absicht bestände, sich der Kandidatur Jarres zu entledigen, um jeden Preis zu entledigen. Es sind die Deutschnationalen der radikalen Färbung, die Herrn Jarres absagen wollen, um ihren Willen durchzusetzen. Sie arbeiten mit der Bayerischen Volkspartei Hand in Hand. Hindenburg soll jetzt die Funktion übernehmen, die sie einst Gehler, dann Simons zugebach hatten: die Funktion, Jarres hinauszumwerfen.

Die Gegenoffensive der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat die Quertreibereien der Deutschnationalen gegen ihren Mann Jarres satt. Sie geht zum Gegenangriff über. Die „B. Z.“ veröffentlicht eine lange Sachdarstellung „von einer sehr gut unterrichteten volksparteilichen Persönlichkeit“, die den ganzen Konflikt im Voebell-Ausschuss an das Licht der Öffentlichkeit zieht. Wie die Dinge nun einmal stehen, scheint es die Führung der Volkspartei für unnötig zu halten, den Riß im Voebell-Ausschuss, den Riß zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen, den Riß in der Reichsregierung noch länger vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen.

Diese Darstellung registriert zunächst, welche Persönlichkeiten von den Deutschnationalen im Voebell-Ausschuss als Sturmböck gegen die Kandidatur Jarres benutzt werden sollten. Zunächst wurde die Kandidatur Wallraf erwogen, dann verfiel man auf Hindenburg. Neben der Kandidatur Hindenburg aber läuft noch, wie diese Darstellung versichert, die durchaus ernst gemeinte Kandidatur des katholischen Fürsten Hafffeld her. Die Verwirrung ist also auf einem Höhepunkt angelangt.

Diese Darstellung der Volkspartei führt einen öffentlichen Stoß gegen die Kandidatur Hindenburg, der sie für den Reichsblock wenigstens in seiner heutigen Zusammenfassung mit der Teilnahme der Deutschen Volkspartei — unmöglich macht. Es heißt in dieser Darstellung unter der Überschrift: Die Gründe gegen Hindenburgs Kandidatur:

„Es ist nicht abzuleugnen, daß die volksparteiliche Gruppe im Reichsblock diese neue Kandidatur sachlich für sehr unglücklich hält. Für den eminent politischen Posten des Reichspräsidenten eine vollkommen apolitische Persönlichkeit wie die des großen, greisen Generals in Aussicht zu nehmen, ist das Bekenntnis so evidenten Verlegenheit, daß sie fast dem Bekenntnis völligen völligen Führermangels im Reichsblock gleichkommt. Die Kandidatur würde auch nur die antimilitaristischen Bevölkerungskreise noch stärker zusammenschließen. Dazu kommen die außenpolitischen Mißdeutungen, denen die Kandidatur Hindenburgs — der General steht bekanntlich in häufigem Briefwechsel mit dem Kaiser, dem er, was ihn nur ehrt, immer wieder seine unwandelbare Treue versichert — unbedingt ausgelegt sein wird. Vor allem aber sind die Volksparteier im Reichsblock dagegen, die hehre Renshengröße des Generals den

immerhin unsicheren Chancen, d. h. der immerhin möglichen Niederlage eines Wahlkampfes auszuliefern. Hindenburg soll nicht den Weg Ludendorffs gehen. Der fast achtzigjährige Held soll nicht für die unsichere Aussicht, ein siebenjähriges Amt zu bekleiden, das er nicht ausfüllen könnte und dessen Funktionen er tatsächlich anderen überlassen müßte, in die politische Arena herabgezerrt werden.“

Mit diesem Stoß gegen die Kandidatur Hindenburg verbindet die Darstellung der volksparteilichen Führung eine heftige Abwehr gegen die „offenen, lauten und unartigen Attacken“ der deutschnationalen Presse gegen Jarres, Voebell und die Volkspartei. Zum Schluß aber geht sie zu offenen Drohungen über.

Rücktrittsdrohungen von Voebell, Jarres und Strefemann!

Es wird erklärt, Jarres habe es endlich satt:

„Über wenn statt einmütigen Verhandeln, Ratens und Tatens nur Temperamentstürme durchgeföhrt werden sollen, wenn man sich wirrfällig allzulange an Verlegenheitskandidaten klammert, um erst nach dem Scheitern wieder zu ihm zurückzukommen, dann glaubt er, daß man ihm seine Aufgabe ausichtslos macht. Kein Kandidat kann es ertragen, eine Woche lang nur als Notfigur behandelt zu werden. An seiner Person liegt Dr. Jarres nichts, aber er will natürlich auch nicht seine Person für eine dann ganz ausichtslos gewordene Sache verbrauchen.“

Endlich hat er es also satt! Wir erlauben uns nur hinzuzufügen, daß er nicht nur eine Woche lang als Notfigur behandelt worden ist. Vor dem ersten Wahlgang hat man ihn halb vorgezogen, bald wieder zurückgestellt. Zu den feierlichen Versicherungen des Reichsblocks, daß seine Kandidatur auch im zweiten Wahlgang selbstverständlich sei, hat jeder politisch denkende Mensch sofort hinzugefügt: Wer's glaubt! Nun hat er es endlich satt. Wir meinen, daß er jetzt weder mit der Rücktrittsdrohung noch mit einem wirklichen Rücktritt die Würde zurückgewinnen kann, die er verloren hat. Die Charakterprobe, die die Verhandlungen des Reichsblocks in der Kandidatenfrage ihm auferlegten, hat er nicht bestanden.

Mit Herrn Jarres droht auch Herr v. Voebell von seinem Amt als Wahlmacher des Reichsblocks zurückzutreten.

Als stärkstes Druckmittel jedoch dient die Drohung Strefemanns mit seinem Rücktritt. Darüber heißt es in der „B. Z.“:

„Wie uns ferner angedeutet wird, ist Reichsaussenminister Strefemann durch die dauernden Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen immer wieder ergeben, stark verstimmt. Wenn auch diese Mißstimmung in ihrer Bedeutung für den Weiterbestand der Reichsregierungs-Koalition im jetzigen Augenblick nicht überschätzt werden soll, so ist sie doch ein interessantes Symptom für die Ueberraschungen, die man vielleicht schon kurz nach der Reichspräsidentenwahl erwarten darf.“

Damit ist der Konflikt im Voebell-Ausschuss auf der Spitze. Es gibt nicht mehr viel zu verbergen. Der große Riß ist der ganzen Öffentlichkeit sichtbar. Wir sehen nicht, wie nach solchen Auseinandersetzungen, solchen Manövern und solchen offenen Drohungen noch eine Einigkeit im Reichsblock zustande kommen könnte. Die Gruppen des Reichsblocks haben sich vortrefflich auseinander manövriert. Selbst für den Fall, daß sich der Voebell-Ausschuss und die beteiligten Organisationen noch einmal zusammenreißen sollten, damit dem Kandidaten der republikanischen Parteien wenigstens ein Anstandsandidat entgegengestellt gestellt wird, so ist doch ihre Front gebrochen. Da hilft dann weder das Geld der Schwerindustrie, noch die Hugenberg-Presse, noch die Papierkiste des Reichsblocks. Da hilft keine Schnellzugahrt durch Deutschland, kein Bannerschwenken und kein Suggestivartikel über den sicheren Sieg.

Jetzt ist die Geschichte drüber ins Kutschen gekommen! Jetzt gibt es, seht hinauszustehen!

Wer wird Anstandsandidat?

Immerhin nehmen wir noch an, daß der Reichsblock schließlich einen Mann finden wird, der sich bereit erklärt, die Rolle des Durchfallskandidaten zu übernehmen, sei es nun Herr Jarres, sei es Herr Hindenburg oder der Fürst Hafffeld. Begeisterung für diesen Kandidaten wird wohl der optimistischste Mann aus dem Voebell-Ausschuss nicht mehr erwarten. Niemand kann im Ernst wollen, daß eine der Personen, die zu dem unwürdigen Spiel des Reichsblocks sich haben gebrauchen lassen, Präsident des Deutschen Reiches werde.

Denn es ist das reinste Puppenpiel, das der Reichsblock mit seiner Kandidatur aufführt, mit Jarres, aber auch mit Hindenburg. Würde einer von beiden Präsi-

dent — er würde nicht ein Repräsentant des deutschen Volkes sondern eine Puppe im Spiel eines verantwortungslosen und unfähigen Klüngels sein.

Die Kandidatenverhandlungen des Rechtsblocks sind eine Probe auf seine politischen Fähigkeiten — noch mehr aber noch eine Probe auf die Würde, den Charakter, den politischen Verstand der Männer, mit denen er spielt. Es ist schon zu entscheiden, wer diese Probe schlechter bestanden hat: der Voebell-Ausschuss oder die Jarres und Hindenburg.

Die Metallarbeiter im Kampf.

Gegen Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung.

Morgen wird ein Schiedsgericht zusammentreten, um den Versuch zu machen, eine Einigung in dem Gesamtkonflikt der Berliner Metallindustrie herbeizuföhren. Soweit die Betriebe dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, beschäftigen sie über 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Für diese ungeheure Masse besteht gegenwärtig keinerlei Tarifvertrag. Weder die Arbeitszeit noch die Löhne oder irgendwelche andere Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses sind vertraglich geregelt.

Die Berliner Metallindustriellen haben sich die Inflation und deren Folgen zunutze gemacht, um zunächst die Löhne zu drücken und dann von jedem tariflichen Verhältnis loszukommen. Dieses Bestreben der Unternehmer wurde gefördert durch die Zerstörungsbauarbeit der Kommunisten. Durch die systematische Hege gegen die Organisation und durch das Ausziehen von Spaltungsorganisationen ist es den Kommunisten gelungen, einen erheblichen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie aus der Organisation hinauszuziehen.

Die Unternehmer haben zunächst versucht, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den im Metallartell vertretenen Organisationen einen Lohnarif aufzuzwingen, wodurch die Tariflöhne der Metallarbeiter nicht allein weit unter die Friedenslöhne, sondern auch weit unter die Löhne, die in den anderen Industrien Berlins gezahlt werden, hinabgedrückt worden wären. Einen derartigen Lohnarif abzuschließen haben sich die im Metallartell vereinigten Gewerkschaften — es kommen außer dem Deutschen Metallarbeiterverband insbesondere noch der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und der Deutsche Verkehrsband in Betracht — entschieden geweigert. Da jedoch infolge der schlechten Konjunktur und der Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationen die Aufnahme des Kampfes nicht zweckmäßig erschien, trat vor ungefähre Jahresfrist für die Löhne ein tarifloser Zustand in der Berliner Metallindustrie ein. Für die Hilfsarbeiter, soweit sie dem Deutschen Verkehrsband angeschlossen sind, wurde dann später ein neuer Lohnarif abgeschlossen, der nominell wohl eine geringe Löhnerhöhung vorsah, aber praktisch durch den Abbau der Sozialzulagen teilweise sogar eine Lohnminderung zur Folge hatte. Die Unternehmer hatten sich wohl verpflichtet, derartige Härten zu vermeiden, diese Verpflichtung jedoch nicht eingehalten. Am 1. April ließ nunmehr auch der Rahmenvertrag ab, der sowohl die Arbeitszeit, wie auch den Urlaub vertraglich regelte. Im Anschluß an den Lohnkonflikt der Kupferindustrie in den Lokomotivfabriken, worüber heute zwischen den Organisationen verhandelt wird, soll nun der gesamte Komplex aufs neue geregelt werden.

Die Berliner Metallindustriellen, die einen Vortrupp der deutschen Unternehmer der Fertigungsindustrie bilden, behaupten stets, daß sie schlecht beschäftigt sind, und zwar vor allem, weil ihre Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber vermindert ist. Deshalb müßten die Löhne gedrückt und die Zahl der Arbeitsstunden erhöht werden. Ein anderes Heilmittel kennen sie nicht.

Nun ist es eine unläugbare Tatsache, daß die industrielle Konjunktur sich seit dem Dezember v. J. im stetigen Aufschwung befindet, wenn wir auch weit entfernt sind, eine Hochkonjunktur zu haben. Aber andererseits herrscht insbesondere in der Berliner Metallindustrie seit langem ein Mangel an Facharbeitern. Dieser Mangel an Facharbeitern, der für die Konkurrenzfähigkeit unserer Fertigungsindustrie ein schweres Hemmnis und eine Gefahr bildet, ist ausschließlich auf das Konto der Unternemer zu setzen. Sie haben nicht nur während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege die Ausbildung von Facharbeitern vernachlässigt, sie haben gleichzeitig die Lehrlingsentschädigung so niedrig gehalten, daß es den Arbeiterfamilien insbesondere angesichts der Hungerlöhne, die während der Inflationsperiode gezahlt wurden, unmöglich gemacht wurde, ihre Söhne als Lehrlinge mehrere Jahre vollständig über Wasser zu halten. So trat ein Ueberangebot von ungelernen Arbeitskräften und ein Mangel an Facharbeitern ein.

Aber das ist gegenwärtig noch nicht die wichtigste Ursache der von den Unternehmern mit so viel Ueberheifer heraus-

gestellten verminderten Konkurrenzfähigkeit. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Behauptungen der Unternehmer, die Löhne und die Arbeitszeit seien der wesentliche, wenn nicht alleinige Faktor dieser verminderten Konkurrenzfähigkeit, ganz offensichtlich falsch sind. In den Konkurrenzländern des Auslandes herrscht überall der Achtstundentag, teilweise sogar eine noch kürzere Arbeitszeit durch früheren Arbeitsfluß am Sonnabend. Soweit die Löhne in Betracht kommen, sind sie gerade in den Ländern, die in der Maschinenindustrie am konkurrenzfähigsten sind, nämlich in England und in den Vereinigten Staaten, weit höher als in Deutschland. Auch ein Vergleich bezüglich der Soziallasten würde keineswegs ergeben, daß diese die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gefährden.

Die Ursachen dieser besagten und teilweise tatsächlich vorhandenen Verminderung der Konkurrenzfähigkeit sind andere. Wenn wir die deutsche Produktion unterfragen, so fallen uns zwei Umstände besonders auf: 1. die Verminderung des Anteils der Löhne am Preis des Produktes und 2. das außerordentliche Steigen der Regiekosten im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Diese beiden Tatsachen bedingen einander. Würden die Regiekosten wieder auf das normale Maß zurückgebracht, dann stiege der Anteil der Löhne. Das Zurückgehen des Anteils der Löhne hat zur Folge, daß es den großen Massen der Arbeiterschaft weit weniger als vor dem Kriege möglich ist, die von ihnen erzeugten Produkte zu kaufen. Damit entsteht ein weiterer Abstand zwischen Produktionsmöglichkeit und Absatz.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die deutsche Industrie während der letzten zehn Jahre ihre Betriebe außerordentlich ausgebaut hat. Die Produktionsfähigkeit der Industrie ist erheblich gestiegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die seit 1914 eingetreten ist, war dabei keineswegs ein Hindernis, sondern hat im Gegenteil fördernd gewirkt. Die erweiterten Betriebsanlagen, die nur zum Teil ausgenutzt werden, verursachen jedoch ganz erhebliche Verwaltungskosten. Zu diesen gesteigerten Verwaltungskosten kommt der in Deutschland höhere Zinssatz, der gleichfalls verteuern wirkt. Es kommt weiter hinzu, daß die Kartell- und Monopolwirtschaft der Schwerindustrie eine große Belastung für die Fertigungsindustrie bedeutet. Durch die sogenannte vertikale Konzentration, d. h. durch die Eingliederung der Fertigungsindustrie, der Banken und Transportgeschäfte an die Schwerindustrie ist die Fertigungsindustrie ganz ins Schlepptau der Schwerindustrie gelangt und heute weder fähig noch gewillt, gegen die preisverwertende Politik der Schwerindustrie anzukämpfen.

Wir haben uns in Deutschland daran gewöhnt, bei Untersuchungen über die Wirtschaftslage zum Vergleich den Vorkriegsstand heranzuziehen. Seit 1914 ist die Welt jedoch nicht stehen geblieben. In anderen Ländern ist man rastlos bemüht gewesen, den Massentonsum zu steigern, und zwar vornehmlich durch die Ausschaltung aller unnötigen Kosten der Produktion. In Deutschland dagegen hat sich die Industrie hauptsächlich während der Inflation belastet mit sogenannten Sachwerten, und zwar durch Erweiterung der Betriebsanlagen, die heute nicht ausgenutzt werden, aber die Produktionskosten verteuern.

Statt nun darauf bedacht zu sein, diese vergrößerten Betriebsmittel auszunutzen und, soweit sie unmodern geworden sind, zu erneuern oder abzustoßen, pflücken die Unternehmer fortgesetzt an den Löhnen und der Arbeitszeit herum, wodurch die Absatzmöglichkeit und die Ausnutzung der vergrößerten Betriebsmittel nur verringert werden. Das Verfahren, das die deutschen Unternehmer unter der Führung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, deren Vorsitzender bekanntlich gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist, anzuwenden bemüht sind, führt nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit und zu einer Verschärfung der Ab-

satzkrise. Wenn sich die Arbeiterschaft gegen dieses Verfahren zur Wehr setzt — und sie muß sich schon im eigenen Interesse dagegen zur Wehr setzen —, so handelt sie dabei im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft.

Daß es auf einem anderen Wege geht, daß man durch Rationalisierung der Produktion eine Verbilligung der Produkte, somit ein Steigen des Anteils der Löhne erzielen kann, was wieder ein Steigen des Absatzes und der Konkurrenzfähigkeit überhaupt nach sich zieht, das haben insbesondere die Deutschen Werke auf dem Gebiete der Automobilindustrie bewiesen. Auch die Deutschen Werke waren ganz ungeheuerlich belastet mit Betriebsanlagen, die sie übernommen haben und die für ihre gegenwärtige Produktion völlig ungeeignet waren. Und doch haben sie in sehr kurzer Zeit es verstanden, die Automobilindustrie weit zu überflügeln. Dieses eine Beispiel zeigt mit schlagender Deutlichkeit, wo eingegriffen werden muß, um eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit zu erzielen. Es ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht der Arbeiterschaft, sich gegen die kurzfristige und verhängnisvolle Politik der Unternehmer mit allen Kräften zur Wehr zu setzen.

Wie sie sich lieben.

Strefemann belehrt die „Nationalpost“.

Die deutsch-nationale Presse hat am Sonntag wieder eine gesammelte Offensive gegen die Außenpolitik der Regierung und den Sicherheitspakt angezettelt, voran die „Nationalpost“. Darauf erhält sie von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ folgende Belehrung:

„Eine deutsch-nationale Zeitung Berlins beklagt sich über Geheimdiplomatie in der deutschen Außenpolitik. Das betreffende Blatt hätte sich die Druckerschwärze sparen können durch eine Anfrage bei den zuständigen Stellen der eigenen Partei, die über Ziel und Taktik der deutschen Außenpolitik auf das genaueste unterrichtet sind. Es dürfte auch in deutsch-nationalen Kreisen Berlins bekannt sein, daß man gerade in den Ostmarken für die Politik Strefemanns volles Verständnis hat. Wangeltes an genügender Aufklärung, dann empfehlen wir, noch nachträglich die Rede Strefemanns im Auswärtigen Ausschuss nachzudrucken, die durch WTB verbreitet wurde.“

Herr Strefemann und Herr Schiele sind also einig, Herr Schiele ist „auf das genaueste unterrichtet“ und billigt die Politik Strefemanns. Die deutsch-nationale Presse aber liebt weder Strefemann, noch seine Politik, noch die Entente Strefemann-Schiele. Wenn nach den Reichstagsferien die deutsch-nationale Reichstagsfraktion zusammentritt, wird das eine brüderliche Begrüßung geben!

Jarres und Adenauer.

Eine vielsagende Erklärung.

Köln, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Presse wird heute früh folgende Erklärung der Herren Adenauer und Dr. Jarres übergeben:

„Die Herren Dr. Adenauer und Dr. Jarres sind in Gegenwart der Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei und der Arbeitsgemeinschaft des Rheinischen Provinzialverbandes zu einer eingehenden Aussprache über die in der letzten Zeit zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten, betreffend die Rheinlandschaftspolitik im Jahre 1923, zusammengetreten. Insbesondere wurden die Vorgänge in Barmen und Hagen am 24. und 25. Oktober 1923 erörtert. Eine Einigung über den Wortlaut der damals gemachten Äußerungen wurde dabei nicht erzielt. Beide Herren

Auf zur Wahlarbeit.

Das Bureau des Volksbundes für die Wahl des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Dr. Wilhelm Marx befindet sich im Reichstagsgebäude, Obergeschloß, Zimmer 14.

erklären aber ausdrücklich, daß sie nach dieser Aussprache überzeugt sind, daß alle bei den Verhandlungen in Barmen und Hagen geäußerten Gedanken nur aus den Beweisgründen entsprungen sind, das Rheinland dem Reiche zu erhalten. Die von Herrn Dr. Jarres seinerzeit vorgeschlagene Lösung kann vom Zentrumspunkt aus nach wie vor ausdrücklich nicht gebilligt werden. Es wird aber anerkannt, daß Herr Dr. Jarres die Rheinlande niemals hat verlassen lassen wollen. (T. Red.)

Die Herren Adenauer und Dr. Jarres haben sich verpflichtet, jede Erörterung dieser Frage abzurufen, und sie erlauben hiermit die ihnen nahestehende Presse und ihre politischen Freunde, ihnen darin zu folgen.“

Die Erklärung entbehrt nicht eines pikanten Reizes. Als Jarres beim ersten Wahlgang, nach vergeblichen Zeugnissen seine Versaßungspolitik eingestehen mußte, verfiel er auf die dumme Ausrede, Adenauer sei auch ein Versaßungspolitiker gewesen. Nunmehr erklärt Adenauer schriftlich, daß er gar nicht daran gedacht habe, die Versaßungspolitik des Herrn Dr. Jarres mitzumachen und Jarres erklärt sich damit einverstanden! „Schweigen, um Gotteswillen Schweigen und sich nicht verantworten müssen!“, ist die Parole des schwarzweißen Präsidentschaftskandidaten. Dem zuliebe steckt er auch die schamvolle Ohrfeige ein, die ihm Adenauer durch die Erklärung verabfolgt. Wirklich, ein echter Mann, ein ganzer Mann, ein Mann, der dem Rechtsblock wie auf den Leib zugeschnitten ist.

Landbundsstandale.

Ungetreue Direktoren und leere Kassen.

Es hat bekanntlich niemand mehr über die Zwangswirtschaft, über die Bureaucratie und Unrentabilität kommunaler und gemeinnütziger Betriebe gewettert, als die acht deutsch-nationalen Herren vom Landbund. Und es ist noch allzu bekannt, daß gerade die Herren vom Landbund und der hinter ihm stehenden Kreise sich nicht genug tun konnten in der Aufdeckung von „Korruptions- und anderen „Standale“. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wirkt es sehr eigenartig, wenn man da z. B. aus Köln erfährt, daß in der Niederländischen Landbundgenossenschaft „die Lage sehr ernst“ sei, daß im Laufe von 5 Jahren drei Direktoren wegen Ungetreue entlassen werden mußten (alles gut national abgestempelte Herren!) und daß trotz großer Umlage kaum Betriebskapital mehr vorhanden sei. Auch kam in der am 28. März 1923 in Ströbich bei Köln stattgefundenen Generalsammlung zum Ausdruck, daß der ganze Apparat „zu teuer arbeite“, in den kleinen Lagern seien zu viel Beamte, man werde von einem zum anderen geschickt usw. Infolge dieser Zustände betonten verschiedene Diskussionsredner, daß das Vertrauen zum Landbund schwächer werde und „mancher Bauer würde austreten“. Diese Vorgänge zeigen jedenfalls wieder aufs neue, wie weit es mit der „Reinheit“ und „Fähigkeit“ der Herren von Rechts bestellt ist. Sie können nicht einmal eine landwirtschaftliche Genossenschaft in Ordnung halten und mit Ruhen führen. Aber das hindert sie nicht, kräftig gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft und der Kommunalverwaltungen anzukämpfen. Erfreulich ist es, daß es jetzt auch endlich auf dem Lande zu tagen beginnt. Die kleine und mittlere Bauernschaft läßt an zu begreifen, für welchen Interessen der Landbund in Wirklichkeit eintritt. Derartige Vorkommnisse fordern die Erkenntnis besser als alle Propaganda.

Bei der Bürgermeisterwahl in Sonderburg (Dänisch-Schleswig) wurde der bisherige Bürgermeister Johann Jacobsen (Sozialdemokrat) auf vier Jahre wiedergewählt. Zum stellvertretenden Bürgermeister wurde an Stelle des Kaufmanns Rod. (Kons. Däne) der deutsche Justizrat Alexander Jensen mit den deutsch-bürgerlichen und sozialistischen Stimmen gewählt.

Ein deutsch-estnischer Schiedsvertrag ist im Entwurf dem estnischen Außenminister Jula übergeben worden, als er leghin den deutschen Außenminister in Berlin besuchte.

Die erste Frühlingssonne.

Von Henni Lehmann.

Heut, als ich erwachte, schien sie in mein Zimmer. Nach kalten Tagen die erste Frühlingssonne, — und es war Sonntag. Da beschloß ich, mich um nichts weiter in der Welt zu sorgen und spazieren zu gehen. Wohin? In den alten Park, in dem das Fließchen heut sicher unter den überhängenden Bäumen so lustig plätschert, als stüerte es in heimlicher Venzfreude? Den alten Park, in dem die Amfeln jetzt singen?

Nein, nicht dorthin! Durch die schön gepflasterten Straßen des vornehmen Viertels, in dem die Häuser frisch und blank zwischen den Gärten stehen, Gärten, in denen Schneeglöckchen, blaue Schilla, gelbe, lila und weiße Krokus in gepflegten Reihen geordnet wachsen, beinahe wie ein Regiment von Blumenoldaten, das zur Parade aufmarschiert?

Nein, auch dorthin nicht! — Ich gehe in die engen, winkligen, krummen Straßen der alten Stadt, die Straßen, in denen die armen Leute wohnen. Da hängen die kleinen verwitterten Häufchen oben ein bißchen vornüber, als seien sie müde geworden vom Alter. Da sind die kleinen Scheiben der Fenster ein wenig trüb und trübe wie Augen, die viel gemeint haben. Da stehen die Steine des Pflasters auf dem Fahrdamm spitz und höckerig heraus, so daß ich daran denken muß, wie wehe sie müden Füßen tun mögen, die auf zerrissenen Sohlen darüber wandern.

Doch heut sehe ich das alles nicht, denn heut ist die alte Strohe, die im Winter schlief wie ein müder Maulwurf, aufgewacht und lebendig geworden. Alle die Blumen und Blüten, die da innen die engen Räume hell und froh machen, auch in dunkeln Tagen, laufen heraus aus den Häusern auf kleinen Rufen- und Wädelchen, rennen durcheinander, purzeln übereinander, greifen einander, fliehen einander, sichern lustiger als das plätschernde Fließchen, haben hellere Stimmchen als die Amfeln im Park.

Wie viele, viele Kinder gibt es in den alten Häusern der Armitstraße!

Da stehen zwei auf dem höckerigen Pflaster des Fahrdammes. Sie dürfen das ruhig tun, denn die Straße ist zu eng, als daß Fuhrwerk hindurch fahren möchte, das dort nichts zu suchen hat. Zwei sind es, der Bub vielleicht vierjährig. Er hat ein rundes wichtiges Gesichtchen, mit dem er sich über den Kopf beugt, den er mit beiden Händen vor sich hält. Ihm gegenüber das Mädchen mit dem blonden Kopf und den dünnen krummen Beinchen lacht auch begierig in den Kopf, über dessen Rand ihre Augen eben hinausreichen. Ja, da gibt es freilich etwas Schönes zu sehen! Jetzt greift der Junge mit der einen Hand hinein, schiebt das Brot, das er für die Mutter geholt, beiseite und holt mit spitzigen Fingern etwas heraus, das er dem Mädchen in den Mund schiebt — ein Zuckerboudon — dann ein andres, das steck er in den eigenen Mund.

Dort in der Haustür steht ein größeres Mädchen. Sie trägt eine verwohene Schürze, die fast so lang ist wie sie selbst. Aber wenn die Kleidung grob und fadensteif ist, das Gesichtchen ist frisch und fein, und die kleine schmale Nase steht so lustig in die Welt hinein, als wollte sie zuerst von allen alle Sonnenstrahlen fangen.

Und dort eine Gruppe von Knaben. Sie halten in den Händen kleine runde Kugeln — Kugeln! Die lassen sie hinrollen zu der kleinen Grube, die sie dicht vor dem Hause in einen schmalen Erdstreifen gegraben haben. Keinem feudalen Herrenreiter beim Wettrennen ist seine Aufgabe und ihr Erfolg wichtiger und bedeutsamer als ihnen der ihrige! Wer trifft zuerst in das Loch?

Neben mir malt einer mit einem Stückchen weißer Kreide Biederle auf das Pflaster des Bürgersteiges und schreibt hinein: „Himmel, Hölle“ . . .

„Drüben sitzt einer platt auf dem Pflaster und läßt sich von der Sonne kochen.“

Dort haben sich welche an den Händen gefaßt, tanzen herum und singen. Da hat eine einen Strick, den sie über das Haupt schwingt, durch den sie springt.

Ich ihr lieben Frühlingskinder, ihr junge Menschheit! Rogt euch lange die Sonne scheinen, ihr gehört in die Sonne! Kinder sollen Sonne haben.

Das denke ich, und ich denke daran, wie oft diesen Kindern die Lebenssonne verdunkelt werden mag. Etwas trauriger gehe ich nach Hause, als ich gekommen. Ganz traurig bin ich nicht. Wer kann ganz traurig sein, wenn die erste Frühlingssonne scheint?

Die Neuordnung der Berliner Antikensammlung. Die Antikensammlung der Berliner Museen umfaßt Schätze, wie sie selten vereinigt werden. Die Vasensammlung hat schwerlich ihresgleichen; Bronzen, Geräte, Gläser und Waffen sind reich vertreten, und manche Abteilungen, die bisher noch in den Magazinen schlummern, werden große Überraschungen hervorrufen, wenn sie erst einmal aufgestellt sind. Daß alle diese Schätze nicht völlig zur Geltung kommen, liegt an der Raumnot, zum Teil aber auch an der unüberflüssigen Aufstellung. So tritt die Skulpturensammlung erst jetzt in das rechte Licht, nachdem ihre Neuordnung von Prof. Bruno Schröder vollendet worden ist. Wie Anton Mayer im „Sommerkabinett“ berichtet, sind alle Räume des Schinkelhauses nach und nach vollständig umgestaltet worden. Nach dem Willen des Erbauers wurden in der Rotunde alle Zwischenräume der Säulen mit großen Skulpturen, die wiedergeöffneten Nischen des oberen Umgangs mit kleineren Werken italienischer Charaktere gefüllt, in allen Sälen fielen die schweren Scherwände und Vorhänge, die die edle Architektur zerrissen, alle Reliefs wurden in Seltenheit gerückt, der ganze Bestand wurde nach der Entstehungszeit geordnet und das künstlerisch Bedeutende ausgewählt. Dabei wurden die einzelnen Stücke in ihrer ursprünglichen Schönheit wieder hergestellt, falsch aufgesetzte Köpfe richtig verteilt, falsche Ergänzungen entfernt usw. Auch die häßlichen Stützstrukturen, die manche Werke ganz einstellten, wurden vorsichtig beseitigt, aber nicht, wie früher, durch Säuren, sondern mit mechanischen Mitteln.

Da der künstlerische Unwert der Kopien immer deutlicher hervortritt, je mehr Originale bekannt werden, so wurde unter den Kopien aufgeräumt und alle entbehrlichen Stücke wurden im Neuen Museum zur Deforierung verbannt. Eine besondere Porträtgalerie wurde eingerichtet. Auf diese Weise wurde erreicht, daß die griechischen Werke nunmehr nach der Zeit geordnet, nach ihrem Wert geordnet und in geschlossener Harmonie aufgestellt sind. Auch der römische Saal wurde umgeordnet.

Ein Film über erste Hilfe bei Unglücksfällen. Unter diesem Titel hat die „Gerold-Film“ im Auftrag des „Roten Kreuzes“ einen Film geschaffen, der in der Praxis vor einem Kreise von Interessenten und Fachleuten zum ersten Male vorgeführt wurde. Einleitend sprach Camilla Spira vom Vessing-Theater einen passenden Vorschlag, der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Professor Bumm, wies auf die Bedeutung der gesundheitlichen Belehrung des Volkes hin. Senätsrat Dr. Cramer, der ärztliche Berater für den Film, gab einige einführende Erklärungen. Der Film veranschaulicht in populärer Form die ersten Hilfsmaßnahmen, die bei den häufigsten Unglücksfällen des täglichen Lebens vor Eintreffen des Arztes vorzunehmen sind. Eindringlich aber wird dem Laien an der Spitze des Films zugerufen: Lieber keine als falsche Maßnahmen!

Der erste Teil zeigt Biß- und Schnittwunden, der zweite Teil Knochenbrüche und Verrenkungen, der dritte Teil behandelt Ertrinken, Ertrinken und Ohnmachtsanfälle. Dargestellt werden nicht nur die Leiden, sondern auch die schweren Fälle, wie sie ein unglücklicher Zufall häufig mit sich bringen kann. So z. B. leichte Schnittwunden neben Verletzung der Schlagader mit der Gefahr des Blutens, neben der Verrenkung der offene Knochenbruch. Die Regisseurin des Films, Frau David, hat es meisterhaft verstanden, die Hilfeleistung auch technisch so klar herauszuarbeiten, daß sie ohne weiteres verständlich sind. Einzelne der dargestellten Hilfeleistungen können allerdings nur ärztlich vorbereitete Laien vornehmen, worauf im Film jedesmal besonders hingewiesen ist. Vorbereitungstour dieser Art veranstaltet das Rote Kreuz, daneben auch unsere Arbeiterkameraderorganisation. Der Film wirkt trotz seiner manchmal etwas zu beherrschenden Aufmachung keineswegs trocken und lehrhaft, die einzelnen Fälle sind vielmehr in geschickter Weise von kleinen Handlungen umrahmt. Dem geschulten wie ungeschulten Laien bringt der Film so wertvolle Hinweise und Ratslässe, daß seine Vorführung vor weitesten Kreisen zu wünschen ist. Besonders zu empfehlen ist er zur Vorführung in den Betrieben sowie in unseren Sport-, Wander- und Jugendorganisationen. R. B.

Austausch von Köllner und amerikanischen Studenten. Die Wirtschaft- und Sozialpolitische Fakultät der Universität Köln bereitet einen regelmäßigen Studentenaustausch mit den Vereinigten Staaten vor. Es ist beabsichtigt, deutsche Studierende auf etwa zwei Semester, die ihnen später auf ihr Studium angerechnet werden, nach Amerika zu schicken. Als Gegenleistung für ihre Aufnahme müßten in Köln einige Stellen für amerikanische Studierende geschaffen werden.

Ein Einheits-Institut in Jerusalem. In Jerusalem wurde auf dem Grundstücken der Universität in Ammanlehnt Abd. Bousour der Grundstein des Einheits-Instituts für Mathematik und Physik gelegt. Die Feier war kurz und einfach.

Ein deutscher Richter.

Gilt für ihn das Republikchutzgesetz?

Schon seit mehreren Jahren wird in der Öffentlichkeit Klage geführt über einen Amtsrichter B e i n e r t aus Wernigerode. Seine Urteilsbegründungen, die auch schon im Preussischen Landtag Gegenstand der Erörterung waren, zeigen deutlich, daß dieser Herr keine antise mitische und völkliche Voreingenommenheit auch in seiner richterlichen Tätigkeit zeigt; ungeniert und ohne jede Rücksicht auf die Unparteilichkeit, zu der sein Amt ihn verpflichtet, zum Ausdruck kommen läßt.

Kunmehr hat dieser Herr am 1. April 1925 zu einer Bismarckfeier auf dem Broden die Festrede gehalten, die auch im Druck erschienen ist (Buchdruckerei H. B. Wernigerode) und den bezeichnenden Titel führt: „Bismarcks Kampf gegen Schwarz-Rot-Gold“. Aus Raumgründen können wir nur einige Probestellen der im übrigen gleichmäßig heftig und unständig gehaltenen Rede wiedergeben. Ueber den ermordeten Erzberger wird darin gesagt:

„Von allen den Männern, die am Niedergang Deutschlands schuld waren, hat keiner einen so verhängnisvollen Einfluß ausgeübt wie Matthias Erzberger. Wir wissen von ihm, daß er kurz vor dem Tage, an dem der Nachspruch von Versailles unterzeichnet wurde, in das Gastbuch zu Weimar eingetragen hat: „Erst schaff dein Sach, dann trink und lach!“ Wenn wir von ihm auch nichts weiter wüßten, als diese eine Tatsache, so würde das für die Geschichte genügen, um den Namen Erzbergers neben Epialtes und Herostrot von Jahrhundert zu Jahrhundert als den Namen eines Hafunken zu überliefern, wie ihn die Sonne nur selten beschienen hat.“

An anderer Stelle erklärt Herr Beinert, daß in der heutigen Republik Justizministerpräsidenten würden, Minister und Polizeipräsidenten bestechlich und bestochen sein. Gegen Schluß droht er:

„Die Weltgeschichte würde ihren Sinn verloren haben, wenn die Männer, die Deutschland in Not und Anarchie gestürzt haben, in hohen Ehrenstellen, die vielfach im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bildung stehen, verhericht und gepriesen ihr Leben beschließen würden. Der Tag der Abrechnung kommt, der Tag, da sich das deutsche Volk auf sich selbst bestimmt und Rechenschaft von denen fordert, die Bismarcks großes Erbe zerstört haben. Diesen Tag vorzubereiten, ist der Zweck unseres heutigen Besammens.“

Wir glauben, daß der preussische Justizminister Am Z e h u h o f f nicht ohne Interesse von dieser Gesinnung eines Richters Kenntnis nehmen wird, für dessen politische Tendenzurteile das Justizministerium schon bei der letzten Etatsberachtung hat abdrücken müssen. Ein Einschreiten gegen Herrn Beinert auf Grund der Disziplinär- und Republikchutzgesetzgebung ist unumgänglich notwendig, wenn anders die Justiz nicht sich selber als Instrument des fanatistischsten Parteihasses vor der Öffentlichkeit bloßstellen will.

Die harthörige Justiz.

Nachmal: der Staatsanwalt von Schneidemühl.

Wir berichteten vor einiger Zeit über den Fall des Postkassensers Jant in Deutsch-Krone, der seine amtliche Stellung zur antirepublikanischen Propaganda mißbrauchte. Er überreichte einem Mitgliede des Reichsbanners das Verbandsorgan mit den Worten: „Was, Sie halten dieses Judenblatt und unterstützen die Republik?“ Beim Tode des Reichspräsidenten äußerte er sich: „Gott sei Dank, daß der Hund krepiert ist!“ Gegen den Postkassensers wurde Strafantrag gestellt. Der Oberstaatsanwalt in Schneidemühl lehnte es ab, einzugreifen. Darauf hat, wie wir nunmehr erfahren, das Reichsbanner Deutsch-Krone Beschwerde beim Generalstaatsanwalt in Marienwerder erhoben. Der Generalstaatsanwalt traf folgende Entscheidung:

Der Generalstaatsanwalt.
J. 42/25. Marienwerder, 17. März 1925.
Fernsprecher Nr. 37.

Betrifft: Die Ermittlungssache wider Jant.
Auf die Beschwerde vom 11. März 1925.

Ihre Beschwerde wird als unbegründet zurückgewiesen. Durch die Verfügung des Oberstaatsanwalts zu Schneidemühl vom 6. März 1925 sind Sie mit Recht auf Ihre Anzeige gegen den Postkassensers Jant in Deutsch-Krone abschlägig beschieden worden. Der Begründung dieser Verfügung trete ich bei.

Es steht Ihnen frei, den Vorfall der vorgelegten Dienstbehörde anzuzeigen.

J. B. gez. Fortlage.

(Stempel.)

Beglaubigt:
Fengler, Kanzleisekretär.

Damit wird dem Postkassensers J. also bestätigt, daß er sein öffentliches Amt zur antirepublikanischen Propaganda und zur Beleidigung des Repräsentanten des Reiches mißbrauchen darf.

Der Oberstaatsanwalt von Schneidemühl hat inzwischen den Landgerichtsbezirksverband Schneidemühl des Preussischen Richtervereins zu seiner Ehrenrettung mobilisiert. Der Verband veröffentlicht eine Erklärung, in der gesagt wird, das Republikchutzgesetz käme in diesem Falle nicht in Betracht, weil Friedrich Ebert nicht mehr Mitglied der republikanischen Regierung gewesen sei, als J. die unsäugliche Äußerung getan habe. Aber auch hieron abgesehen, habe sich J. deshalb nicht strafbar gemacht, weil er beide Äußerungen weder in einer Versammlung, noch öffentlich getan habe.

Es ist rührend, zu beobachten, mit welcher „Sorgfalt“ die Staatsanwaltschaft die Gesetze auslegt, wenn es darauf ankommt, Feinde der Republik vor einer Bekannschaft mit dem Republikchutzgesetz zu bewahren! Im Sinne des Republikchutzgesetzes ist Friedrich Ebert zweifelsohne von dem J. als Repräsentant der deutschen Republik verunglimpft worden, wie es dem J. seiner ganzen Gesinnung nach nur darauf ankommen konnte, nicht den toten Menschen Ebert, sondern den Vertreter der Republik herabzusetzen. Nur Böswilligkeit kann den Fall der Öffentlichkeit als nicht gegeben annehmen, wenn ein Beamter in seiner amtlichen Eigenschaft den Staat und die Repräsentanten des Staates schmäht.

Das Verhalten der Staatsanwaltschaft im Falle J. bleibt ein öffentlicher Skandal, der die Justiz auf das empfindlichste bloßstellt.

Ohrfeigen gegen das Recht.

Wofür ein mecklenburgischer Richter freispricht.

Dieser Tage wurde in Neustrelitz vor dem Schöffengericht ein Prozeß verhandelt, den der sozialdemokratische Landrat a. D. Tensfeld gegen einen deutschen Nationalen Parteisekretär, Stahlhelmorganisator und Oberleutnant a. D. Kleisfeld angestrengt hatte. Tensfeld hatte am 10. Februar mit zwei Bekannten auf der Straße gestanden und sich zufällig über einen Verleumdungsfall der „nationalen“ Accise in Mecklenburg gegen ihn unterhalten. In diesem Augenblick kam Kleisfeld um die Ecke, der einer der Haupttreiber in dieser Affäre war. Tensfeld sagte halblaut zu seinen Bekannten: „Da kommt ja gerade der Richtige!“ Kleisfeld fing diese Worte auf, ging zunächst

vorüber, kehrte aber nach einiger Zeit zurück, stürzte auf Tensfeld zu und fragte ihn, was er von ihm wolle. Der Sekrete antwortete ihm: „Ich will gar nichts von Ihnen.“ Die Antwort des Herrn Oberleutnants a. D. war, daß er Tensfeld ins Gesicht schlug. Tensfeld strengte eine Privatklage an, in der dieser Tatbestand durch mehrere Zeugen bestätigt wurde. Die Zeugen bekundeten auch übereinstimmend, daß der Kläger den Beklagten keineswegs habe reizen oder provozieren wollen.

Das Urteil, das nach der „Hoff. Ztg.“ der Amtsgerichtsrat Dettmann als Einzelrichter am Schöffengericht in Neustrelitz fällte, ist wert, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Der Oberleutnant a. D. Kleisfeld wurde straflos erklärt. Er habe sich durch die Bemerkung des Klägers provoziert fühlen können, und „man könne es ihm nicht verdenken, wenn er darauf mit einer leichten Körperverletzung erwiderte.“ Zudem hat der Richter dem auch noch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Das ist die Proklamtion des Rechts auf Ohrfeigen! Das ist nicht anderes, als jedem Stahlhelm-Lümmel das „Recht“ erteilen, sich, nach vorchristlichmähigen Provozierfühlen selbstverständlich, auf irgendeinen Politanten zu stürzen und ihn zu verheuen. Die Reform des Strafrechts beginnt in Mecklenburg mit der Aufrichtung des Faustrechts!

Was ist im Finanzministerium los?

Abbau der Lohnsteuer von oben her?

Die unerträgliche Höhe der Lohnsteuer hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, mehrfach einen Vorstoß zur schleunigen Ermäßigung der Lohnsteuer zu unternehmen. Bisher aber waren alle diese Versuche, besonders den unteren Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger die dringend notwendige steuerliche Entlastung zu verschaffen, vergeblich. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß die Neuordnung des deutschen Steuerwesens einheitlich erfolgen müsse, und daß die vorherige Regelung der Lohnsteuer unzweckmäßig sei. Auch die bürgerlichen Parteien haben diesen Standpunkt im allgemeinen vertreten.

Erst in der letzten Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages wurde infolgedessen das Verlangen der sozialdemokratischen Vertreter nach sofortiger Ermäßigung der Lohnsteuer abgelehnt. Es wird also mindestens für die Monate April und Mai bei der bisherigen Regelung bleiben. Die Reichsregierung wurde lediglich aufgefordert, „Vorbereitungen“ zu treffen, daß dringliche Materien, insbesondere die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Steuerüberleitung vor Erledigung der gesamten Steuerreform in Form eines Notgesetzes geregelt werden. Wann das geschehen wird, ist nicht bestimmt worden. Doch der Zeitpunkt dafür nicht in naher Aussicht steht, ist sicher.

Somit werden die unteren Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter höhere Steuerlasten tragen müssen, als sie durch das Reichsinteresse erforderlich sind. Und da die Lohn- und Gehaltsempfänger nur Barauszahlungen leisten, die später bei der Veranlagung abgeändert werden können, wird damit eine neue schwere Ungerechtigkeit begangen. Das Reichsfinanzministerium aber hat darüber hinausgehend eine weitere Maßnahme getroffen, die den höheren Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger die Milderung ihrer Steuerlast gemährt, die den unteren Gruppen verweigert wird.

In einem Erlass vom 24. März, der erst jetzt bekannt wird, hat das Reichsfinanzministerium angeordnet, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger mit Einkommen über 2000 Mark vierteljährlich für die über 2000 Mark hinausgehenden Beträge künftig nur 15 Proz., statt der jetzt geltenden 20 Proz., zu zahlen haben. Die restierenden 5 Proz. sollen gestundet werden, und zwar ohne besonderen Antrag.

An und für sich haben wir gegen eine Milderung der Einkommensteuer bei den höheren Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger nichts einzuwenden. Die Art des Vorgehens des Reichsfinanzministeriums ist jedoch skandalös, ja geschehndig. Für seine Anordnung fehlt jede gesetzliche Unterlage und anläßlich ähnlicher Absichten der Reichsregierung bei der Stundung der Vermögenssteuer hat der Protekt der sozialdemokratischen Fraktion auch bewirkt, daß man diese Pläne fallen ließ. In diesem Falle aber kommt hinzu, daß dasselbe Finanzministerium, das den Klassen der Lohn- und Gehaltsempfänger jede Ermäßigung der Lohnsteuer brutal verweigert, für alle höheren Angestellten und Beamten, also die Herren von Gruppe 11 ab anwärts, diese Ermäßigung von sich aus anordnet. Angesichts dieses Tatbestandes kann man sich den Eindruck nicht erwehren, als ob den dafür verantwortlichen Herren das eigene Interesse nicht so in den Hintergrund gedrängt worden ist, wie es ihre Stellung verlangt.

Zu dieser Vermutung ist um so mehr Veranlassung gegeben, als die Herren des Reichsfinanzministeriums bei den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages am 2. April mit keinem Wort davon Kenntnis gaben, daß sie den oberen Beamten und Angestellten das bereits gemährt haben, was die Sozialdemokraten für alle verlangen. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, ein solches Verhalten auch im Reichstage kritisch zu besprechen.

Die betrogenen Sparer.

Protekt gegen die Aufwertung.

Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband für das Deutsche Reich (Sparerschutz) schreibt:

„Die beabsichtigte Regelung der privaten Schuldverpflichtungen ist nichts weiter als eine verheißene Aufrechterhaltung der 3. Steuerverordnung mit nur geringen Verbesserungen, dafür aber auch wesentlichen Verschlechterungen. Für die privaten Schuldverpflichtungen gibt es nur eine einzige mögliche Lösung: die individuelle, die auf Grund vereinschlechter Richtlinien ohne Schwierigkeiten durchzuführen ist. Auch die für die öffentlichen Anleihen vorgeschlagene Lösung ist völlig unbefriedigend und unannehmbar. An die Stelle der beabsichtigten Gleichmäherei muß eine unternehmliche Behandlung der Schulden des Reichs, der Länder und der Gemeinden nach der Leistungskraft treten. Das wesentlichste ist die sofortige Wiederaufnahme des Zinsdienstes nach der Leistungsfähigkeit.“

Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband erwartet von den gewählten Vertretern des deutschen Volkes, daß sie allein das Recht zur Grundlegung ihrer Entscheidungen machen und an Stelle der unzulässigen Gesegentwürfe der Regierung eine Lösung setzen, die Treu und Glauben und dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes entspricht.“

Unterdrückung der Ukrainer und Weißrussen

Warschau, 7. April. (DE.) Im Zusammenhang mit den für den Frühling befürchteten revolutionären Unruhen in W o s h y n i e n hat die polnische politische Polizei in den ersten Apriltagen zahlreiche Hausdurchsuchungen bei den dortigen Ukrainern vorgenommen. Ueber 150 Personen sind verhaftet; Beziehungen zu sowjetrussischen Organisationen sollen festgestellt worden sein. Gleichzeitig wurde auch in der normierend weißrussischen Wojewodschaft Nowogrudel mit Einsetzung von Militär vorgegangen, die Zahl der Verhafteten übersteigt dort 200.

Sicherheit und Friedensverträge.

Bedeutungserklärungen des britischen Außenministers.

London, 7. April. (WTB.) Der Staatssekretär des Auswärtigen, Austen Chamberlain, sagte in einer Rede in seinem Wahlkreis Birmingham u. a.: Sechs Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge herrsche immer noch keine Atmosphäre des Friedens. In Europa herrsche die große Furcht vor einem neuen Kriege, wenn dieser auch nicht mehr zu seiner (Chamberlains) Zeit kommen werde. Wenn man diese Befürchtungen nicht zerstreuen könne, so steuere Europa — das werde jeden Tag klarer — einer neuen Katastrophe entgegen.

Hinsichtlich der Frage der Sicherheit, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Abrüstung, auf die das Genfer Protokoll hinzielt, erscheine es der britischen Regierung, wie schon vorher den Vereinigten Staaten und anderen Großmächten, daß gewisse Fragen für die Nationen zu wichtig seien, als daß sie zustimmen könnten, sie einem Schiedsgericht zu überweisen. Wenn sie es tun sollten, so könnte die Zeit kommen, wo eine Nation vor schnell gemachte Versprechungen vielleicht nicht erfüllen könne. Die Regierung erhebe keine Einwendungen gegen den Zweck des Protokolls, sondern gegen die vorgeschlagenen Methoden. Die Verwirklichung der Sanktionen scheine heute die fundamentale Stellung des Völkerbundes als Werkzeug des Friedens zu gefährden. Er habe gefürchtet, daß die Sicherheitsfrage durch die Unterzeichnung des Protokolls nicht gelöst werde. Man könne keine Sicherheit erlangen durch Übereinstimmung mit den Freunden von gestern gegen die Feinde von gestern. Wenn die Friedensverträge geändert werden sollten, so würden sie geändert werden nur im Laufe von Jahren, wenn alle in Betracht kommenden Parteien der Ansicht seien, daß eine Änderung wünschenswert sei.

Die französische Sanierung.

Die Kammermehrheit hinter Herriot.

Paris, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Kabinettsrat, der am Montag Abend stattfand, hat in den großen Linien die vom neuen Finanzminister ausgearbeiteten Vorschläge zur Sanierung der französischen Finanzen angenommen. Allerdings wurde dabei eine recht bedeutsame Änderung vorgenommen, die von den Sozialisten und dem linken Flügel der Radikalfazialen gefordert wurde. Die für die Zwangsanleihe ursprünglich in Aussicht genommene Verzinsung von 4 Proz. hat die recht beträchtliche Herabsetzung auf 2 Proz. erfahren. Die Anleihe soll in zwei verschiedenen Sorten ausgegeben werden: die eine mit einer festen Verzinsung von 2½ Proz., die andere in der Form von Prämienlosen und nur einprozentiger Verzinsung.

Im unmittelbaren Anschluß an den Ministerrat haben bis nach Mitternacht neue Besprechungen zwischen Herriot und den Führern der Linksparteien stattgefunden. Herriot hat zunächst eine Abordnung der radikalen und radikalsocialen Fraktionen von Kammer und Senat empfangen und später als Vertreter der Sozialistischen Partei die Genossen Blum und Aurioi. Auf Grund dieser Aussprachen wird erklärt, daß für die Erhöhung des Roten und für die Zwangsanleihe in der Kammer eine Mehrheit als gesichert anzusehen sei, obwohl die Sozialisten und ein Teil der Radikalsocialen statt der Zwangsanleihe eine reine Vermögensabgabe vorgezogen hätten. Von den Vertretern der demokratischen Linken des Senats sind wiederum sehr starke Bedenken gegen das von Herriot in Aussicht genommene Kompromiß wegen der Gefährdung im Balkan erhoben worden. Doch wird voraussichtlich diese Frage bis nach der Entscheidung über die finanzielle Reformvorlage im Senat verlagert werden.

Heeresreform in Frankreich.

Herabsetzung der Dienstzeit.

Paris, 7. April. (WTB.) Kriegsminister General Nollet hat gestern dem Präsidenten der Republik den Gesegentwurf über die allgemeine Organisierung der Armee, der soeben vom Obersten Kriegsrat geprüft worden ist, zur Unterzeichnung unterbreitet. Die Reform der militärischen Institutionen umfaßt drei Gesegentwürfe, einen Gesegentwurf betreffend die allgemeine Organisierung, der die Grundlagen der neuen Armee festlegt und der heute nachmittag dem Bureau der Kammer vorgelegt werden wird. Einen weiteren Gesegentwurf betreffend die Rekrutierung, der gegenwärtig dem Obersten Kriegsrat vorliegt, in dem die militärischen Verpflichtungen der Staatsbürger festgelegt werden und der die Herabsetzung der Militärdienstzeit vorsieht. Schließlich einen Gesegentwurf betreffend die Cadres und die Effektivebestände, der später vorgelegt werden wird, und der die Natur und die allgemeine Zusammensetzung der Heereseinheiten für ein Jahr enthält.

Englisch-indische Verständigung.

Parlamentauflösung und Neuwahlen in Indien.

London, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Unterstaatssekretär für Indien gab im Unterhaus die Erklärung ab, daß es zwischen der englischen Regierung und den indischen Nationalisten unter Führung von Das zu einer Verständigung gekommen sei, wonach das indische Parlament in nächster Zeit aufgelöst und Neuwahlen durchgeführt werden.

Manifestationen in Italien.

Rom, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Außer in Rom fanden am Sonntag auch in anderen größeren Städten des Landes, so in Mailand, Genua, Palermo und Neapel, Demonstrationsversammlungen der Opposition statt. Mussolini will in den nächsten Tagen einen Erkennungsurfaub antreten.

Ausschreitungen in Prag.

Prag, 7. April. (WTB.) (Tschechoslowakisches Pressebureau.) Die kommunistische Partei hatte zu gestern 2 Uhr nachmittags eine Arbeitslosenversammlung in der Industriehalle angeordnet, der sich ein Demonstrationzug in die innere Stadt anschließen sollte. Dieser Zug wurde von der Polizeidirektion verboten. Nach der Versammlung, an der ungefähr 700 Personen teilgenommen hatten, versuchten die Versammlungsteilnehmer trotz des Verbots einen Demonstrationzug zu veranstalten. Die Demonstranten bewarfen in der Ringgassenstraße die Wache, die ihnen den Zutritt zur inneren Stadt verweigerte, mit Steinen, so daß die Wachmannschaft von der Hiebmasse Gebrauch machen mußte. Durch die Steinwürfe wurden mehrere Wachleute getroffen und verletzt. Ein Wachmann, der vom Pferde stürzte, erlitt gleichfalls Verletzungen. Eine Anzahl Demonstranten, die schließlich zerstreut wurden, wurden durch Säbelhiebe verletzt. Elf Personen wurden wegen Gewalttätigkeiten verhaftet.

Aufhebung des Verbots deutscher Zeitungen in Elsaß-Lothringen. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, wird die französische Regierung auf eine Eingabe des elsässischen Abgeordneten Gely hin in allerhöchster Zeit die immer noch in Elsaß-Lothringen bestehenden Verbote deutscher Zeitungen, wie der „Germania“ der und „Röner Volkszeitung“ usw., aufheben.

Gewerkschaftsbewegung

Groß Lohnhöhung keine erhöhten Löhne.

Das scheint ein Widerspruch zu sein, ist aber Tatsache. Der Verband Berliner Metallindustrieller ist es, der in seinen Betrieben beschäftigten Transportarbeitern gezeigt hat, wie man eine Lohnhöhung bewilligen kann, ohne daß man daran denkt, den Arbeitern mehr als den alten Lohn zu zahlen.

Im Oktober v. J. forderte der Verkehrsband für die in der Metallindustrie beschäftigten Transportarbeiter, deren Tariflohn damals 45 bis 48 Pfennig betrug, eine zeitgemäße Lohnverbesserung. Während der Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer zu einer Lohnzulage von 5 Pfennig bereit. Als die Vertreter der Arbeiter erklärten, sie könnten damit nicht zufrieden sein, denn Löhne von 50 bis 53 Pfennig seien doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts anderes als Hungerlöhne, da versicherten die Vertreter der Unternehmer im schönsten Wiedermeistern, die Tariflöhne ständen doch nur auf dem Papier, es seien Mindestlöhne zu denen Leistungszulagen hinzukämen, so daß die tatsächlich gezahlten Löhne durchweg höher seien als der Tariflohn, zum großen Teil sogar höher als die Höhe von 50 bis 53 Pfennig. — Hierdurch sollen also die Arbeiter in den Glauben verführt werden, daß sie auch zu den Tariflöhnen von 50 bis 53 Pfennig die Leistungszulagen, also eine allgemeine Verbesserung zu erwarten hätten. Es kam dann auch ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses zustande, der den Tariflohn auf 50 bis 53 Pfennig festsetzte. Als dann der für allgemeinverbindlich erklärte Schiedspruch in Kraft trat, da wählten die Unternehmer — wahrscheinlich auf Anweisung des DTA — nur den neuen Tariflohn aber keine Leistungszulagen. Auf diese Weise haben also die weitaus meisten Arbeiter keinen Pfennig mehr bekommen als sie vor der Erhöhung des Tariflohnes hatten. Nach dieser Praxis des DTA scheint es keineswegs ausgeschlossen, daß manche Arbeiter nach der Lohnhöhung sogar niedrigere Löhne als vor derselben bekommen haben können.

Arbeiter der DTA, welche der Meinung sind, daß sie Anspruch auf die ihnen früher gewährten Leistungszulagen haben, klagten deswegen beim Gewerkschaftsgericht. Die Klage wurde aber abgewiesen mit der Begründung: Da im Schiedspruch nicht von Mindestlöhnen die Rede sei, so bestehe kein Rechtsanspruch auf höhere Lohnsätze als die des Schiedsgerichtes. Das frühere Verfahren sei als Ganzes gekündigt worden, es könnten deshalb nicht einzelne Teile desselben als in Zukunft weiterbestehend angesehen werden.

Nach diesen Erfahrungen werden Arbeiter den Zusicherungen von Unternehmervertretern, wenn sie nicht schwarz auf weiß festgelegt sind, kein Vertrauen schenken können und der Leid, eine „Lohnhöhung“ bei gleichbleibenden Löhnen zu genießen, darf den Unternehmern nicht zum zweitenmal gelingen.

Ein schwerer Konflikt in der Filmindustrie.

Von der Deutschen Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: Das Film-Echo, Beilage zu der Montagsausgabe des „Berliner Lokal-Anzeiger“, bringt in seiner Nummer vom 6. April eine Notiz „Ein wilder Streik“ und beruft sich dabei auf die von uns am Donnerstag in Ihrer Zeitung gebrachte Notiz bezüglich des Lohnabbaues in der Filmindustrie. In der Notiz des

„Lokal-Anzeiger“ wird behauptet, daß eine Entlassung in dem Film-Echo erst dann erfolgt sei, nachdem die Arbeitnehmer in die Abwehrbewegung eingetreten sind.

Diese Behauptung stellt die Tatsachen vollständig auf den Kopf. Am Montag, den 31. März, hatte die Direktion, wie inzwischen andere Betriebe ebenfalls, ein Schreiben zum Aushang gebracht, daß nur die Arbeitnehmer die Arbeit aufnehmen, dürfen die willig sind, zu den niedrigeren Lohnsätzen zu arbeiten. Erst als am selben Tage alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren, mußten die Arbeitnehmer der Resolutionpolitik der Unternehmer weichen und den Betrieb verlassen.

Es kann gar keine Rede davon sein, daß dieser Streik ein sogenannter wilder Streik ist, da der Hauptvorstand der Deutschen Filmgewerkschaft die Abwehrbewegung sanktioniert hat und dieser Kampf mit Kenntnis und Einverständnis der übrigen Arbeitnehmerorganisationen geführt wird. Wenn weiter im letzten Abhang der „Lokal-Anzeiger“ Notiz die Hoffnung ausgedrückt ist, daß der sogenannte Streik schon am Montag zusammenbrechen wird, so dürften inzwischen die Arbeitgeber der Filmindustrie eines anderen besorgt worden sein. Eine am Sonntag abgehaltene Vollversammlung der Deutschen Filmgewerkschaft nahm folgende Resolution an:

„Die am 3. April 1925 tagende Vollversammlung spricht den im Abwehrkampf befindlichen Kollegen und Kolleginnen des Hauptvereins ihre volle Sympathie aus. Die Anwesenden geloben, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um diesen Abwehrkampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, sofort alle anderen Betriebe heranzuziehen und wenn nicht anders möglich, die Verbreiterung der Aktion vorzunehmen.“

Wenn die Unternehmer der Filmindustrie glauben, die Arbeiter niederzujagen zu können, so werden sie sich bald davon überzeugen müssen, daß sie falsch kalkuliert haben. Wir machen noch einmal die gesamte Arbeitnehmererschaft Berlins auf den in der Filmindustrie ausgebrochenen Lohnkampf aufmerksam und warnen vor Arbeitsaufnahme in allen Filmbetrieben.

Jahresversammlung des DTA.

Am 27. März fand im „Deutschen Hof“ die Jahresgeneralversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten statt. Der Verwaltungsbericht des Geschäftsführers Kollegen Rogatz zeigte, daß nach einer notwendig gewordenen Mitgliederbereinigung wieder eine begrüßenswerte Festigung und Hebung des Mitgliederstandes eingetreten ist. Das Jahr 1925 wird nicht nur die Schäden der Inflation ganz weismachen, sondern darüber hinaus die Ortsverwaltung Berlin und durch sie den Bund zur stärksten freigewerkschaftlichen Interessenvertretung sämtlicher technischen Angestellten werden lassen. Das Endziel des Bundes, alle technischen Angestellten zu erfassen, kann jedoch nur mit Hilfe der Gesamtheit der bereits organisierten Kollegen erreicht werden. Rogatz schloß mit dem Appell an die Kollegen, auch weiterhin mitzuarbeiten am Ausbau des Bundes.

Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Kollegen Snelk gab mit größter Genauigkeit Rechnung über die Arbeit des Ortsvorstandes im Jahre 1924. Erwähnt sei die aus freiwilligen Spenden der Kollegenschaft aufgedruckte Weihnachtsammlung für erwerbslose Kollegen sowie der Umsatz von Nachmittagsentgeltmarken zur Durchführung eines vom Bund beim IFA-Bund angeregten Volksentscheides über das Washingtoner Abkommen. Im vorigen Jahr konnte der DTA, mit dem sich der DTA 1919 zum DTA verschmolzen hat, auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Der Ortsverwaltung Berlin gehören noch heute elf Kollegen an, die Mitbegründer

des DTA waren. Den Jubilären wurde zur Erinnerung an ihre vierzigjährige Mitgliedschaft ein Gedächtnisblatt überreicht. Der Anschlag an das Arbeiterkulturkartell Groß-Berlin wurde vollzogen. Die Ortsverwaltung Berlin hält für ihre Mitglieder arbeitswissenschaftliche Kurse ab. Der ersten Vortragsreihe „Betriebswirtschaftslehre“ folgt zurzeit die zweite: „Taylor, Ford und was weiter?“ Das unter dem Namen „Berliner Mitteilungen“ herausgegebene Informationsblatt hat bei der Kollegenschaft gute Aufnahme gefunden.

Dem Ortsvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt; ebenfalls einstimmig erfolgte die Bestätigung des Geschäftsführers Kollegen Rogatz. Danach gelangten mehrere vom Ortsvorstand gestellte Anträge, die fast ausnahmslos die Verwaltungsordnung angehen, zur Annahme. Bei der später folgenden Wahl des Ortsvorstandes fand die vom Ortsvorstand eingebrachte Vorschlagsliste einstimmige Annahme. Die Konstituierung des Ortsvorstandes blieb den Gewählten selbst vorbehalten.

Generalversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes.

In der Delegiertenversammlung am Donnerstag, den 2. April, welche Stellung zum Geschäfts- und Kassabericht und Neuwahl der Filialleitung nahm, wurde vom Vorsitzenden, Genossen Lehmann, eingehend dargelegt, mit welcher Fülle von Arbeit die Filialleitung im abgelaufenen Geschäftsjahr belastet war. Zum Schluß seiner Ausführungen ging er darauf ein, daß das Jahr eine Stabilität nicht nur der Währung, sondern auch der Gewerkschaften herbeigeführt hat. Auch hat sich eine innere Reinigung in der Organisation vollzogen, die notwendig war, um vor größerem Schaden bewahrt zu bleiben. Mit dem Appell, im neuen Geschäftsjahr sich der Wiederaufbauarbeit zu widmen, schloß er seinen Geschäftsbericht.

In der Diskussion wurde die Arbeit der Filialleitung restlos anerkannt und bei der Neuwahl die alte Filialleitung wiedergewählt, mit Ausnahme von zwei Kollegen, die wegen Ueberlassung auftraten.

Von der Zentralleitung wurde noch beklagt, daß sie bereit ist, den irreführenden Mitgliedern der Opposition, mit Ausnahme der von der Organisation ausgeschlossenen, den Weg zum Uebertritt zu erleichtern, und zwar dadurch, daß die frühere Mitgliedschaft im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband ihnen angerechnet wird. Es soll jedoch der Filialleitung das Recht des Uebertritts in den einzelnen Fällen vorbehalten bleiben.

Der Hamburger Verkehrsarbeiterstreik geht weiter.

Hamburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Verhandlungen in Hamburger Verkehrsarbeiterstreik vor dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erfolglos geblieben sind, geht der Streik in allen Verkehrsweigen unermindert weiter. Bisher ist es der Hochbahndirektion nicht gelungen, auf irgendeiner Strecke einen Notbetrieb herzustellen. Da durch das Verhalten der Hochbahngesellschaft die Streikenden auch den Verkehr auf der Langenhorner und der Weidhöfener Bahn stilllegten, wodurch die Bewohner dieser Ortschaften vollkommen vom Verkehr abgeschnitten sind, hat der Hamburger Senat selbst auf diesen Strecken die Einsetzung der Technischen Nothilfe angeordnet. Im Hochbahn- und Straßenbahnbetrieb ist die Genehmigung zum Einsatz der Technischen Nothilfe bisher verweigert worden.

Verantwortlich für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Ulrich; Generalsekretär: Demerling; Redaktion: Friedr. Schöler; Korrespondent: Dr. John Schilowitsch; Lokal- und Sonntags: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer & Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Telefon 1111.

Billige Oster-Preise

Sehr gute Tisch-Butter Pfd. 1.90 ||| Allerfeinste dän. Tafel-Butter . Pfd. 2.30
 Allerfeinste Inl. Tisch-Butter . . . Pfd. 2.10 ||| Allerfeinste dänische Tee-Butter Pfd. 2.30

Besonders billig!

Frische Land-Eier 10 Stück 0.85 ||| Große dänische Trink-Eier . 10 Stück 1.25
 Frische große Land-Eier . . 10 Stück 1.05 ||| Extra große dän. Trink-Eier 10 Stück 1.45

Sämtliche Sorten Käse in besten Qualitäten, zu billigsten Preisen.

Beachten Sie bitte die Preise im Schaufenster.

Teleph. Rheingau 331-332 **OTTO THÜRSMANN** Zentrale Albestraße 3

Verkaufsstellen in:

Berlin-Schönberg Palasstr. 24 Cranachstr. 53 Dürerplatz 3 Beckerstr. 15
 Wilmsdorf Bernhardtstr. 13 Hildgardstr. 17
 Friedensau Südwestkorso 10 Stubenrauchstr. 70
 Steglitz Rheinstr. 42 Albrechtstr. 12 Lauenburger Str. 1 Schützenstr. 39
 Lichterfelde Hindenburgdamm 77a
 Südende Potsdamer Str. 28

Max Friedeberg
 Ulowstr. 24, am Hochbahnhof
 Herrenkonfektion Damenkonfektion
 Anzüge Mäntel Kos.üme Mäntel
 Gummimäntel
 Teppiche, Gardinen, Läufer, Betten
 Auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung — niedrige Raten.
Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
 in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Adlers Teilzahlungshaus
 Eigene Fabrikation
Möbel Bar + Kredit
 nur Invalidenstr. 5 (Eckhaus Ackerstraße)
 Herren-Konfektion Damen-Konfektion Gardinen + Decken Bett- u. Leibwäsche
 Kleinste An- und Abzahlung
Invalidenstr. 5 (Eingang Ackerstraße)
 Eigene Maßanfertigung
 nur vorn 1. Etage

Auf Teilzahlung
 Bett- und Leibwäsche, Inlette, Gardinen, Teppiche, Stopp-, Bett- und Divandecken, Strickwesten usw. regen
Kleine Anzahlung
 und bequeme Teilzahlung
von 1 M. die Woche an
 Ware wird sofort ausgetauscht
M. Nagoschiner
 Neukölln, Schönstedtstraße 9
 in der Kaiser-Friedrich-Str.
Osteraier usw.
 Illige Serlen-Schokoladen nur bei Lebmann, Lothringers Str. 89-90

Erfinder — Vorwärts
 Streben nach guten Verhältnissen! Ausfüllung und Erneuerung geb. Hochöfen „Eisener Geist“
 (Preis nach: Erdmann & Co., Berlin, Rühlendörfer Straße 71.)
Berliner Elektriker-Genossenschaft
 (ingeshl. dem Verh. sozialer Baubetriebe)
 Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
 Fernsprecher: Norden 1198
 Filiale Westen, Wilmsdorf Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9531
 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
 Ausführung sämtl. Reparaturen
 Preiswerte, gediegene Arbeit

Die operationslose Heilung der Frauenkrankheiten
 von F. Kort,
 Leiter des künstlichen Höhensonnenbades „Altis“.
 Die weitaus größere Hälfte der Kranken, die dem Messer des Chirurgen verfallen, stellen die Frauen in den verschiedensten Lebensaltern. Leider ist in diesen Fällen das Messer nicht mehr zu umgehen und wirkt lebensrettend, aber nach viel mehr Frauen können vor dem Messer bewahrt werden, wenn sie rechtzeitig und richtig behandelt werden, und ich kann wohl sagen, daß Tausende von Mädchen und Frauen durch Behandlung im Höhen-

sonnenbad „Altis“ ohne Operation geheilt wurden. Zwei Heilfaktoren sind es hauptsächlich, die diese wunderbaren Heilwirkungen hervorbringen, die künstliche Höhensonne und die Diathermie. Erstere dient hauptsächlich zur Verbesserung des Blutbildes, das so von größter Wichtigkeit für die Frau ist, denn das weibliche Geschlecht leidet am allermeisten unter Blutkrankheiten. Schon das junge Mädchen in den Entwicklungsjahren hat besonders darunter zu leiden. Ist bei sonst voll entwickelten jungen Mädchen von 14 bis 18 Jahren (oft auch schon früher) die Menstruation noch nicht eingetreten oder tritt sie spärlich oder mit großen Schmerzen im Kreuz und Unterleib auf, oft unter heftigen Kopfschmerzen, so ist es höchste Zeit, daß

Bestrahlungen genommen werden. Die Heilung tritt überraschend schnell ein, oft schon nach 4 bis 5 Bestrahlungen; die Schmerzen lassen nach und die Menstruation tritt regelmäßig auf. Ähnlich liegt es mit den Wechseljahren, der Zeit, die oft einschüdernd ist, ob die Frau einen gesunden Lebensabend haben wird oder nicht. Hier sind Bestrahlungen mit Höhensonne auch von wunderbarer Wirkung. Der Eintritt der Wechseljahre wird oft hinausgeschoben. Aber auch in den Zwischenaltern soll die Frau bei Störungen immer Höhensonne nehmen und wird stets prompten Erfolg haben. Sind jedoch direkte Entzündungen der Uterusorgane vorhanden, Entzündungen, Ausfluß, Geschwülste usw., so kommt noch die Behandlung

mit Diathermie hinzu, die schmerzlos und schnell die heftigen Entzündungen beseitigen und selbst Geschwülste zur Zurückbildung bringen. Auch innere Bestrahlungen, Blausäure und Sauer-Sauer kommen erst in Frage. Gerade bei Frauenkrankheiten handelt es sich darum, so bald man etwas spürt, zur Behandlung zu kommen, um schnellen Erfolg zu haben. Wartet man zu lange, so muß schließlich doch das Messer in Funktion treten. Die Kosten der Behandlungen sind viel geringer, als die meisten annehmen. Im künstlichen Höhensonnenbad „Altis“, Belle-Alliance-Platz 63 (Sprechstunden 10 bis 1 und 4 bis 7, Sonnabend 10 bis 4), kosten z. B. die Höhensonnenbestrahlungen nur 2 Mk. und die Diathermiebehandlungen 3,50 Mk.

Das Strafgericht.

Der Friedhof von Hannover... Ein Sarg — ein Massenarg. Ein Grab — ein Massengrab.

Haarmann... Einmal, ein einziges Mal, als er vor Schrecken starr, das Unheil seines Tuns am Opfer ermaß, als das Gewissen noch nicht ganz überwuchert, noch menschlich in ihm sprach, begrub er den Kopf des ersten Knaben seiner Eier auf dem Friedhof.

Der Pfarrer spricht. Der allzu früh erloschenen Lebenssehnsucht der Gemordeten, der Seelenqual der Hinterbliebenen löst er dies letzte Abschiedswort ertönen. Ein Trost den Müttern, Vätern und Geschwistern? Verführend mit dem harten Schicksal des Geschehens? Den Wunden Balsam und Genesung? Rein! Der Pfarrer gesteht! Die Kreuzzeit sei an allem schuld.

Wo war der Diener Gottes, als jene Jugend, abgeirrt vom Blad des eigenen Lebens, sich in die Arme jenes fremden Mannes Wütrte? Werhalf beloh nicht er die allzu leicht geneigte Liebe der jungen zutraulichen Herzen? Verlor er sie nicht einst schon in der Schule?

Der Pfarrer ist verstummt. Ein Murren zieht durch das kleine Häuflein der Gefängigen. Sie fühlen: Wir kamen her mit unlerem Schmerz, um Trost zu finden. Wir fanden Spott und Hohn. Wir kennen unsere Schuld und wissen auch, woran es uns gefehlt. Wir brauchen nicht die Worte. Wir Väter, Mütter haben längst uns bitter angeklagt. Wir klagen aber auch die Menschen, die Behörden an, die durch Vergeh zum Schut des Bürgers anerkoren, aufs schlimmste uns verrieten.

Um die Verlängerung der Polizeistunde.

Die gestrige Konferenz über die vom Gastwirtsgerwerbe geforderte Verlängerung der Polizeistunde in Groß-Berlin ist vorläufig ergebnislos geblieben, und der Minister des Innern wird in den nächsten Wochen eine Entscheidung zu fällen haben, ob die Gaststätten im allgemeinen nur bis 1 Uhr nachts geöffnet bleiben dürfen, oder ob große Lokale, wie es in der Weltstadt Berlin früher gebräuchlich war, eine verlängerte Konzession erhalten.

Nacharbeit der Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der letzten Nacht ununterbrochen an verschiedenen Stellen mehrere sehr gefährliche und größere Brände zu löschen. U. a. zwei Dachstuhlbrände in der Raugarder Straße 5 und Bielefstraße 9, ferner einen Kellerbrand in der Göbenstraße 8 und einen Stalbrand in der Rothringer Straße 9, wo außer Fourage noch Säcke u. a. einer Sachhandlung in solcher Ausdehnung brannten, daß der 17. Zug mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig löschen mußte. Die Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Bei dem Kellerbrand in der Göbenstraße 8, wo eine Menge Hausrat in Latienverschlagen brannte, schwebten die angrenzenden Wohnungen und Bewohner infolge der großen Hitze und mächtigen Verqualmung in Gefahr, weshalb „Besonderes“ an die Wachen gemeldet wurde. Die Hausbewohner konnten beruhigt und in Sicherheit gebracht werden. Der Dachstuhlbrand in der Bielefstraße entstand um 8 1/2 Uhr abends, der Stalbrand in der Rothringer Straße um 10 1/4 Uhr, der Dachstuhlbrand in der Raugarder Straße 5 um 2 Uhr nachts. Als die Feuerwehr an der Brandstelle der Raugarder Straße 5, einem großen Mietshause, ankam, stand der Dachstuhl des Vorderhauses und des Seitenflügels schon in hellen Flammen. Die Treppen waren verqualmt, die Mieter aufs höchste erschrocken. Alle in großer Aufregung. Die Entsehung dieser Brände konnte in keinem Falle aufgeklärt werden, weil die Flammen bei Ankniff der Löschzüge längst über ihren Herd hinaus waren. Ferner wurde gestern abend gegen 10 Uhr die Feuerwehr nach dem Hause Linienstraße 146 gerufen. Im 5. Stockwerk war

von Hausbewohnern in der Toilette Feuer bemerkt worden. Beim Einreifen der Feuerwehr wurde die Ehefrau Monika Progam ganzen Körper verbrannt aufgefunden. Frau P. hatte die Toilette mit einem Licht aufgeschloß. Durch Gegenzug ergriff die Flamme die Kleider, die sofort Feuer fingen, so daß die Frau in einem kurzen Moment in hellen Flammen stand. Sie wurde nach dem Hedwigs-Krankenhaus geschafft. Die Angehörigen der Frau konnten noch nicht ermittelt werden.

Zwei Mörder!

Das Geheimnis der Unbekannten.

Von der Berliner Kriminalpolizei wurden zwei Männer festgenommen, deren Personalien trotz aller Bemühungen noch nicht festgestellt werden konnten. Der eine verschweigt seinen Namen absichtlich, der andere ist augenscheinlich geisteskrank.

Der erste hält sich bereits seit 1 1/2 Jahren unter den verschiedensten falschen Namen ohne feste Wohnung in Berlin auf. Er lebt in der Hauptstraße vom Spielen. Sein Tätigkeitsfeld ist besonders der Brunwald, wo an schönen Tagen die Kussflüger bei dem beliebten Kümmeblättchen gerupft werden. Als er kürzlich von einem Beamten der Schutzpolizei wieder als Spielhalter betroffen und festgenommen wurde, riß er sich los und blieb auch dann nicht stehen, als der Beamte ihm mehrere Schüsse nachschandte. Erst nach langer Jagd gelang es, den Flüchtigen wieder zu ergreifen. Er nennt sich jetzt Fritz Eimer, am 7. November 1902 in Bromberg geboren. Auch diese Personalien sind falsch. Seine richtigen zu verschweigen, hat der Festgenommene offenbar allen Grund. Dem Vernehmen nach wird er wegen Mordes oder einer schweren Straftat gesucht. Er soll einem Toten seine Papiere zugesteckt und dadurch erreicht haben, daß dieser unter seinem Namen beerdigt wurde. Der Festgenommene dürfte also unter seinem richtigen Namen als verstorben gelten und sich dadurch mit Erfolg allen bisherigen Nachforschungen entzogen haben. Er stammt anscheinend aus Oberschlesien und hat die Straftat vermutlich als Mitflieh des horigen Selbstmordes begangen. Mit dem richtigen Vornamen dürfte er Alois, Alexander oder so ähnlich heißen, sein Nachname soll auf „ti“ endigen. Der Mann ist etwa 25 Jahre alt und schlant, hat oben mehrere Zahnlücken, die durch Goldzähne ersetzt sind und verschiedene Tätowierungen, die nach Frauen darstellten. Seine Angabe, daß er falsche Personalien führe, weil er im Jahre 1920 vom polnischen Militär desertiert sei, ist nicht glaubhaft. Der zweite Unbekannte, der am 12. März im städtischen Obdach aufgegriffen wurde, scheint geisteskrank zu sein. Er nannte sich bisher Schmidt, Koch, Schulz, Krüger, Krause und Jabe. In seinen Reden ist er sehr geschickt, und es fehlt ihm nie an Ausflüchten. Eine Spezialität von ihm ist, sich zu irgendeinem Namen ralsch zu melden, wenn die Gefangenen im Gewahrsam ausgerufen werden. So ist er unter den verschiedensten Namen bald in dieses, bald in jenes Gefängnis hineingekommen, bis der Irrtum aufgefakt war. Angeblich hat der Mann eine ganze Anzahl Mordtaten auf dem Gewissen. Bekannt ist ihm die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Pflerbeck. Aber auch hier konnte nicht festgestellt werden, um wen es sich handelt. Er ist etwa 35—40 Jahre alt und scheint an Gehirnerweichung zu leiden. Sachdienliche Angaben über diese beiden Unbekannten nimmt Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums entgegen.

Wegen roher Mißhandlung mit tödlichem Ausgang wurde, wie gestern gemeldet, der Schlosser Gustav Dietrich aus der Reimendorfer Straße 74 festgenommen. Wie die Ermittlungen ergaben, gehörte Dietrich und der von ihm erschlagene Schmelzer Maurosch einem Briefstabenverein an. In der Nacht zum Sonntag gerieten sie in einem Lokal in der Schulstraße in Streit, weil einer dem anderen vormars, ihm Briefstaben weggefangen zu haben. Auf der Straße vor dem Lokal setzte sich der Zwist fort und ging in Tüschkeiten über. Hierbei streckte Dietrich seinen Gegner mit einem wuchtigen Faustschlag zu Boden, vertrat ihm mit dem Stiefelabsatz das Rückenbein und verletzte ihn durch mehrere Tritte auf den Kopf so schwer, daß auch das Gehirn verletzt wurde. Dietrich behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Die Mißhandlung ist aber so roh, daß er in Haft behalten wurde.

Oster-Erholungsfahrten der „Grünen Helmat“. Die „Grüne Helmat“ tritt auch in diesem Jahre wieder mit den billigen Erholungsfahrten ihres Rotorablinenschiffes „Baldur“ auf den Plan. Die ersten Fahrten finden am Karfreitag bis Ostermontag, Ostermontag bis Ostermontag und Osterdienstag bis Mittwoch statt, und zwar auf den Hanseisen. Abfahrt: Emdener

in Spandau am Karfreitag, am ersten Osterfest, am dritten Osterfest stets früh 9 1/2 Uhr. Die Preise sind, um Jugendlichen und Kinderbeteiligten die Mitfahrt zu ermöglichen, auf nur 1,10 M. bis 2,50 M. je Bett festgesetzt, also Fahrt und Schlafen für eine Nacht. Mittagessen gibt es auf vorherige Anmeldung für 60 Pf. an Bord. Die Küche hat der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus übernommen, der auch Kaffee, Tee, Kakao, warme Würstchen usw. zu allerbilligsten Preisen liefert. Anmeldungen sind bis 7. April an die „Grüne Helmat“ A.-G., Breite Straße 36, zu richten.

Die Arbeitsgemeinschaft für Jostfisch und Naturkunde E. V. Berlin-Friedrichshagen, veranstaltet am Karfreitag, den 10. April, eine Vorkurswanderung durch die herrlichen Waldungen des Blumentales (Führung Dr. Stachowicz). Es wird Gelegenheit sein, die Schönheit der Vorkursflora des Buchenwaldes zu genießen. Abfahrt von Berlin, Schlei. Bahnhof (Briesener Bahnhof) 8 Uhr 42 Min. nach Tiefensee. Sonntagstrückfahrkarte. Freunde der Bewegung willkommen.

Sprechstunde des Zentralamtes für Wohnungswesen. Die Verteilungstelle beim städtischen Zentralamt für Wohnungswesen (Stadthaus, Eingang Fiedenstr. 34/42, III. Stock, Zimmer 378), bei der sich jeder von außerhalb nach Berlin Zuziehende, der Anfrucht auf eine eigene Wohnung in Berlin erhebt, melden muß, ist in Zukunft außer am Dienstag und Freitag auch am Mittwoch für das Publikum geöffnet. In der Zeit von 8 bis 10 Uhr wird eine Anzahl Karten ausgegeben, deren Inhaber am gleichen Tage zur Abfertigung kommen. Wer nach 10 Uhr erscheint, kann mit einer Abfertigung an demselben Tage nicht rechnen.

Die Herne Eisenbahnkatastrophe vor Gericht.

Herne, 6. April. (U.) Vor dem erweiterten Schöffengericht begann heute vormittag der Herne Eisenbahnprozess. Angeklagt ist wegen fahrlässiger Eisenbahntransportgefährdung, fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung der Lokomotivführer des Berlin-Kölnener D-Zuges Haberkamp aus Hamm, der auf den fahrenden Personenzug Herne-Wanne-Gelsenkirchen mit voller Macht aufgefahren ist. Den Verhandlungen wohnt eine große Anzahl höherer Eisenbahnbeamten bei. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Bessels. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Erens. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Frank-Dortmund übernommen. Der Angeklagte verharret auf seinen Aussagen in der Voruntersuchung, daß bei der Einfahrt des D-Zuges in den Bahnhof Herne sowohl das Vorfahrsignal, als auch das Hauptfahrsignal auf Fahrt frei gestanden habe. Er sei des dichten Nebels wegen mit geringer Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren. Die roten Schlusslaternen des im Bahnhof haltenden Personenzuges habe er erst auf etwa 15 bis 20 Meter Entfernung gesehen, so daß er trotz Einlases der Schnellbremse den Zusammenstoß nicht mehr vermeiden konnte. Die Anklage hält diese Angaben für unzutreffend und durch Feststellungen widerlegt. Das tadellose Funktionieren der Signale und bestimmte Wahrnehmungen der Eisenbahnbeamten ließen erkennen, daß beide Signale auf Halt gestanden haben. Unmittelbar nach dem Unglück habe ein Beamter festgestellt, daß beide Signale die vorgeschriebene Halffstellung hatten. Die Anklage kommt zu dem Schluss, daß beide Signale in Wirklichkeit auf Halt gestanden haben. Er wies sei, daß der Zug trotz des dichten Nebels mit großer Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren sei. Bei diesem Wetter habe der Angeklagte auch mit der Möglichkeit des verspäteten Abfahrens des vor ihm liegenden Personenzuges rechnen müssen. Das Unglück sei ausschließlich auf das Verschulden des Lokomotivführers Haberkamp zurückzuführen.

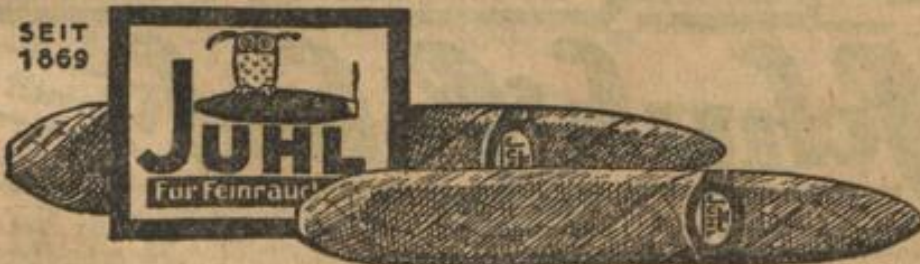
Die Zahl der Todesopfer des Grubenunglücks auf der Zeche Matthias Sinnes hat sich auf 12 erhöht. Von den Schwerverletzten schweben zwei bis drei noch in Lebensgefahr. Die übrigen Verletzten hofft man durchzubringen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

St. Wkt. Die Reichstagsfraktion haben zu der morgen stattfindenden Mitgliederversammlung ein. Näheres Notiz morgen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Schuhe und Stiefel in den neuesten Frühjahrsmodellen bringt das bekannte Geschwister Schachtel, Bekandt, Wilmstraße 23, mit seinen Filialen Rottbühl, Damm 13 und Frankfurter Allee 4, zu erst-unlich billigen Preisen für gute Ware. Diese Firma hat ständig über 450 Sorten Damen-, Herren- und Kinderstiefel von den einischen bis zu allererstenklassigen Luxusstiefeln, so daß es jedem möglich ist, sich zu einem mit den höchsten Modellen ein Paar Schuhe zu beschaffen. Wir weisen nach auf das heutige Insekt der Firma hin.



Das Wahrzeichen der guten OSTER-ZIGARRE bleibt doch JUHL. Erhältlich in besseren Zigarrengeschäften.

HERSTELLER: PAUL JUHL TABAKINDUSTRIE-GES. BERLIN-PANKOW

ZU OSTERN!

Besonders preiswerte Angebote in unseren bekannt guten Qualitäten.

Table with 4 columns: KOSTÜME, MANTEL, KLEIDER, KASAKS. Items include Donegal-Kostüm, Gabard-Kostüm, Burburrry-Kostüm, Donegal-Mantel, Covertcoat, Rips-Mantel, Jugendliche Form, Gabardine, Schwere Ripsware, Kunstseiden-Trikot, Marrokain.

Kaufhaus Max Giesen, Turmstraße 42 Ecke Oldenburgerstraße

Unsere riesenhaft billigen Oster-Preise

Damen-Konfektion

- Mäntel aus vorzügl. Strich-Covercoat 12,75 **7⁹⁰**
- Mäntel Zwirn-Covercoat, modernste Formen 24,50 **16⁷⁵**
- Mäntel aus Ripa, Gabardine, Tuch u. Mouliné 40,75, 39,75 **19⁷⁵**
- Kostüme aus Cheviot, Gabardine und Mouliné 60,00, 32,75 **24⁵⁰**
- Donegal-Kostüme Sportform, Jacke ganz gequert **14⁷⁰**
- Blusen in Helld-Kasack und Jumperformen 2,95, 1,90 **90 Pf.**
- Kasacks aus Voll-Wolle u. Kunstseide, eleg. Ansführung, 8,75 **6⁵⁰**
- Kleider aus Kunstseide, moderne Farben 8,75 **5⁷⁵**
- Kleider aus reinwoll. Cheviot u. Gabardine m. lang. Ärmeln, 14,75 **7³⁰**

Wäsche

- Damenhemd mit Talgarn **1²⁵**
- Damenhemd mit Seckerei **1⁹⁵**
- Prizehrock Hohlsaum **2⁴⁵**
- Damenhochhemd Hohlsaum **3²⁵**

Schürzen

- Knabenschürzen alle Größ. **68 Pf.**
- Damenschürzen Wiener Form **1²⁵**
- Damenschürzen bunte Jumperf. **1⁴⁵**
- Mädchenschürzen Gr. 60-85 **1³⁰**

Modewaren

- Bubikragen Ripa gefüttert 0,95, 0,65 **43 Pf.**
- Bubikragen Batist mit farbiger Kante **1¹⁰**
- Batistkragen rund gefüttert 6,95, **85 Pf.**
- Schalkragen Ripa gefüttert 1,30, **95 Pf.**
- Schalkragen Ripa mit schwarzer Kante **1²⁵**
- Matrosenkragen 1,95, 1,75, **98 Pf.**
- Matrosengarnitur 1,95, 1,65, **1²⁵**
- Kleiderwesten Batist und Opal 4,75, 2,95, **1⁹⁵**

Kunstseidenband 75 Pf.
11 cm Br., 1. und 2. Fort. Nr.

Strampfbänder rund 38 Pf.
reich garn. 0,95, 0,65

Trikotagen

- Herren-Einsatzhemd **2⁷⁵**
- Herren-Mahobemid **2⁴⁰**
- Herren-Mahobeinkleid **2²⁵**
- Herrengarait. Jacke Bekkl. **4⁹⁰**

Taschentücher

- Kinderaschentuch **12 Pf.**
- Batisttuch m. Hohlsaum **12 Pf.**
- Sieckereituch **18 Pf.**
- Linontuch weiß **25 Pf.**

Herren-Artikel

- Stiebkragen alle Formen **75 Pf.**
- Stiebmitlegekrage all. Form **95 Pf.**
- Sportvorhemd mit Kragen **95 Pf.**
- Vorhemd mit 1 Kragen **1³⁰**

- Oberhemd mit Kragen **4⁵⁰**
- Oberhemd Perkal m. Kragen **5⁷⁰**
- Oberhemd weiß **5⁹⁰**

- Selbstbinder sobotte Streif. **95 Pf.**
- Selbstbinder neueste Muster **1²⁵**
- Selbstbinder reine Seide **2³⁰**
- Herren-Sportmütze **95 Pf.**
- Herren-Filzhut **3³⁰**

- Kinderschlüpfer farb. **95 Pf.**
- Damenschlüpfer farb. **95 Pf.**
- Damenschlüpfer Kunstseide **3⁹⁰**

Strümpfe

- Damenstrumpf schwarz **38 Pf.**
- Damenstrumpf verstärkt **58 Pf.**
- Damenstrumpf Dopp. u. Hochf. **75 Pf.**
- Damenstrumpf Seidfl. neue Frb. **1²⁵**
- Damenstrumpf Seidenimitation **1¹⁵**
- Damenstrumpf Seidenflor **1³⁵**
- Damenstrumpf Kunstseide **1⁹⁵**
- Herrensocken grau u. braun **48 Pf.**
- Herrensocken feinfarbig **58 Pf.**
- Herrensocken gestreift **95 Pf.**

- Kostüm-Röcke Sportform **2,95 1⁹⁰**
- Kostüm-Röcke Cheviot, reine Wolle **8,75 3⁹⁰**
- Knaben-Anzüge Kleider Form Größe I **7⁵⁰**
- Mädchen-Män'el für 4 Jahre **7⁵⁰**

- Gardinen Scheibenschleier **45 Pf.**
- Scheibengard. Mtr. 90, 75 **50 Pf.**
- Tüllgardin. Mtr. 1,35 1,10 **85 Pf.**
- Madrasstoff mod. Must. hellgründig, 120 cm breit, Mtr. **1⁹⁰**

Etamine kariert Meter **58 Pf.**

NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210

Herrnfeld

- Gardinen Blamine-Halbstores **2²⁵**
- Tüll-Halbstores **3⁵⁰**
- Tüll-Garnituren **3⁹⁵**
- Madras-Garnituren **5²⁵**

- Gerstenk.-Handtuch **55 Pf.**
- Tischdecke bunt, 110/150 cm **2⁴⁵**
- Kissen aus Renforcé **1²⁵**
- Deckbett aus Lino. 2 m lang **5⁷⁵**

Unser Osterfest-Angebot



liefert wieder den Beweis für die vielen Vorzüge unserer seit 30 Jahren bewährten Fabrikation

Also direkt aus der Fabrik:

- Kostüme **49⁰⁰** aus Ripa, Gabardine
- Mäntel **36⁰⁰** aus Burberry, Ripa, Mouliné

Teilzahlung gestattet

Oskar Wollburg
BERLIN N+BRUNNENSTR. 56 u. 57

Reste-Haus

C. Pelz
Kottbuser Straße 5
Gr. räuml. et 1892

Stoffe für Herren-, Damen u. Kinder-Garderobe

- Kammgarn 130/140 cm M. **6,00 an**
- Cheviot **3,75**
- Gabardine **5,75**
- Mouliné **5,60**
- Ripa **7,00**
- Ottoman **8,00**

Selbststoffe, Sammete, sowie sämtliche Futterstoffe zu den billigsten Preisen und großer Auswahl

Damen- u. Kinderkonfektion in allen, besonders Frauen-Größen von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung

Wetter- u. Gummimäntel

Abonnenten dieser Zeitung 2%

A. Behelm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatbank
(Inh. F. Eggert)

Neukölln, Anmeldung, Ganghofersir. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)

Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahreslehrgänge - Fernspr.: Neukölln 1063

Auf Teilzahlung

Herren- Garderobe
Knaben- Gummimäntel f. Damen

Geringe Wochen- oder Monatsraten

Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten

Antel. Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz
Gegründet 1901

Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!

Fragen Sie uns - und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.

Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.

Was uns betrifft - wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

Willstätt & Co. am Wannsee-Bahnhof
Berliner-, Ecke Albrechtstraße Steglitz

Auf Teilzahlung! Auf Teilzahlung!

Kinderwagen
Sportwagen

Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Auf Teilzahlung! Auf Teilzahlung!

Herren- u. Burschen-Garderobe!

Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Metallbetten Besonders **billig!**

Stahlmatratze, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei Eisenmöbelfabr. Suhl Thür

wirksam sind die **kleinen ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

Ostern im Schuh-Lokal



Spangen- oder Schnürschuhe bewährtes, gutes Fabrikat, gute Ledersohle

3⁹⁰

3500 Paar Affenhaut (Wildleder imit.), Schnür-, Spange- und Pumps, braun, grau und schwarz, mod. Formen, Serie I **4,90**, Serie II **6,90**

Braun echt Chevreau Schnür- u. Spangenschuhe, mod. Formen, gutes Material **7,90**

Orig. Goodyear-Welt braun und schwarz, echt Boxkalf Damen-Halbschuhe, moderne Form **9⁸⁰**

Neueste Frühjahrsmodelle, grau u. braun, Nubuk u. Boxkalf mit u. ohne Besatzverzierung, erstkl. Luxusfabrikate, über 40 Sorten

bei uns **billig!**

Zum Osterfest bringen wir eine Reihe ganz besonders günstiger Angebote in guter Ware, so z. B. Braun echt Chevreau Damen-Schnür- und Spangenschuhe **6,90**, Braune Herren-Halbschuhe, echt Rindbox, moderne spitze Form **9,50**

Original Good-year-Welt-Stiefel u. Halbschuhe, spitze u. rund. Form. **13,90**

11⁹⁰

Echt Boxrind, Makkey-Ausführung, runde Form **6⁹⁰**

Braune Herrenstiefel, echt Boxrind, moderne Farben und Formen. **10⁹⁰**

Arbeitsstiefel, kräftiges Spallleder **5⁹⁰**

Braune u. schwarze Kinderstiefel und Halbschuhe 31-35 **6,90**, 27-30 **5⁹⁰**

Kleinere Kinderstiefel von **1⁹⁰** an

Lackspangenschuhe echt Louis XV. oder amerikanischer Absatz, sehr feste Sachen

11⁹⁰

Damen-Schnür- od. Spangenschuhe, echt Chevreau u. Chromleder, mod. Formen **6,90**

Braun u. schwarz, echt Boxkalf und R'Chevreau Spangenschuhe in verschied. modern. Ausführung mit geschweiftem od. amerik. Absatz, 2 u. 3 Spangen Rand weiß gedoppelt, bekannt gut. Fabrikat

9⁷⁰

Herren-Halbschuhe, Rand weiß gedopp. **9⁹⁰**

dto. m. grau 58mischledereinsatz **12⁵⁰**

Braune Herren-Halbschuhe, moderne spitze Form, echt Boxrind **11,90**

dto. mit braun 58mischledereinsatz **14⁹⁰**

Moderne Formen